

9. März 2022

Bericht und Antrag an das Stadtparlament

Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse per 31. Dezember 2021

Anträge

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen die folgenden Anträge:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 31. Dezember 2021) Kenntnis genommen hat.
2. Die für die Bearbeitung der einzelnen parlamentarischen Vorstösse beantragten Fristverlängerungen gemäss Ziffer 1 des Berichts seien zu genehmigen.

Zusammenfassung

Gemäss Art. 79 Geschäftsreglement des Stadtparlaments erstattet der Stadtrat dem Stadtparlament jährlich Bericht über den Bearbeitungsstand der noch nicht erledigten, erheblich erklärten Motionen und Postulate (Ziffer 1). Zudem werden die weiteren pendenten Vorstösse (Ziffer 2) und die erledigten Vorstösse aufgelistet (Ziffer 3). Ist eine Motion oder ein Postulat seit mehr als zwei Jahren anhängig, so begründet der Stadtrat die Verzögerung und stellt Antrag für das weitere Vorgehen. Die konkreten Anträge auf Fristverlängerung für die Beantwortung und deren Begründung sind bei den jeweiligen Vorstössen unter Ziffer 1 aufgelistet. Motionen und Postulate werden abgeschrieben, wenn der Stadtrat den Entwurf oder den Bericht unterbreitet hat oder wenn der Vorstoss überholt ist.

Vor 2021 erheblich erklärte noch pendente Vorstösse	17
2021 erheblich erklärte Vorstösse	1
2021 erledigte Vorstösse	21
Beantragte Fristverlängerungen	1

1. Berichterstattung über Bearbeitungsstand der anhängigen Motionen und Postulate

Separate Kunststoffsammlung

Motion Bruno Ressegatti, GRÜNE prowil, fünf Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 23. Mai 2013

Am 4. September 2012 reichte Bruno Ressegatti zusammen mit fünf Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Separate Kunststoffsammlung“ ein. An der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2013 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung einer Kunststoffsammlung zu unterbreiten.

Der Bericht und Antrag zur Motion wurde am 15. September 2021 dem Stadtparlament zugewiesen und in der BVK am 25. November 2021 zustimmend beraten. Es wurde beantragt, die Motion nach der Behandlung als erledigt abzuschreiben. Die Motion wurde an der Parlamentssitzung vom 3. Februar 2022 im Rahmen der Beratung des entsprechenden Berichts und Antrags als erledigt abgeschlossen.

Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière)

Postulat Urs Etter, FDP, 19 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 26. September 2013

Am 4. Juli 2013 reichte Urs Etter, FDP, zusammen mit 19 Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière)“ ein. An der Parlamentssitzung vom 26. September 2013 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Beleuchtung des öffentlichen Raumes „Lichtkonzept für die Stadt Wil“ zu unterbreiten.

Basierend auf dem Postulat "Lichtkonzept für die Stadt Wil" wurde der Entwurf eines Konzepts "Plan Lumière" erarbeitet. Mit der Besetzung der vakanten Stellen in der Verkehrsplanung, welche inzwischen der Stadtplanung angegliedert ist, konnte das Projekt wieder aufgenommen werden. Nach einer Bestandesaufnahme der vorliegenden Materialien zum Lichtplan zeigte sich, dass ein anwendbarer Schlussbericht fehlt und eine Aktualisierung und Konsolidierung notwendig sind. Der im 2017 ausgeschöpfte IR-Kredit wurde zwischenzeitlich per 25. August 2021 abgerechnet.

Weiteres Vorgehen:

Licht ist ein zentrales gestalterisches Element im Stadtraum. Die gesamtstädtische Freiraumstrategie wird im Sommer 2022 vorbereitet; die Lichtgestaltung soll als Teil davon bearbeitet werden. Die Materialien aus dem ursprünglichen Auftrag dienen als Grundlage. Somit wird eine Verlängerung zur Erfüllung des Postulatsauftrags bis 31. Dezember 2023 beantragt.

Stadtpark Obere Weierwise

Motion Sebastian Koller, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen, 27 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 28. August 2014

Am 5. Juni 2014 reichte Sebastian Koller, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen, zusammen mit 27 Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Stadtpark Obere Weierwise“ ein, welche vom Stadtrat am 13. August 2014 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 28. August 2014 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht und Antrag zu einem Nutzungskonzept und einem darauf basierenden Stadtparkprojekt „Obere Weierwise“ zu unterbreiten, wobei dieses bis 2022 vollständig umgesetzt werden soll.

Mit temporär geschaffenen Projektleitungs-Ressourcen in der Stadtplanung wurden die Vorbereitungsarbeiten für einen Studienauftrag aufgenommen. Die Rahmenbedingungen des Hochwasserschutzes werden in die Aufgabenstellung integriert. Als materielle Basis für den Studienauftrag dient zudem die gesamtstädtische Freiraumanalyse (2019/2020) von SKK Landschaftsarchitekten AG.

Weiteres Vorgehen:

Die externe Verfahrensbegleitung bereitete den Entwurf des Programms zum Studienauftrag vor. Leider konnte damit aufgrund des Ausfalls der internen Projektleitung nicht gestartet werden. Ein Terminplan für die Arbeiten bis zur Erfüllung des Motionsauftrags gemäss Wortlaut, das heisst bis zur vollständigen Realisierung des Stadtparks "Obere Weierwise", liegt noch nicht vor. Aktuell wird immer noch von einem Bericht und Antrag bis 31. Dezember 2023 ausgegangen. Der Stadtrat beurteilt dieses Parkprojekt als zentral für die Aufenthalts- und Erholungsqualität mitten in der Stadt und hat es deshalb in seinen Handlungsfeldern 2021 - 2024 explizit aufgeführt.

Fair Trade Town Wil

Postulat Kilian Meyer, SP, 21 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 3. März 2016

Am 3. Dezember 2015 reichte Kilian Meyer, zusammen mit 21 Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Fair Trade Town Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 20. Januar 2016 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 3. März 2016 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und dieses als erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht betreffend Auszeichnung Fair Trade Town zu unterbreiten.

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um die Voraussetzungen für die Erlangung des Labels „Fair Trade Town“ zu schaffen. Am Stadtfest 2019 wurde das Projekt öffentlich und mit der entsprechenden Kommunikation lanciert. Kriterium zur Erlangung des Labels ist unter anderem auch ein Engagement von Detailhandel, Gastronomie/Hotellerie, Institutionen und Unternehmen. Diese Kriterien konnten bislang nicht genügend erfüllt werden. Der Postulatsbericht soll nun Aufschluss darüber geben bzw. prüfen, was in Vergangenheit bereits geplant wurde, welche Kriterien aktuell gelten und was die Stadt Wil für eine Erlangung dieses Labels einsetzen müsste. Wichtig dabei ist zu erwähnen, dass es sich nicht mehr um eine Motion (Beschlussesentwurf, Umsetzung), sondern um ein Postulat handelt. Beim Postulat wird somit entsprechend geprüft, ob eine Massnahme überhaupt zu treffen ist oder nicht. Diesen Prozess im Rahmen der Berichterstattung bzw. späteren möglichen Umsetzung bestätigte ebenfalls die GPK (Antrag GPK zu Antrag 2 des Stadtrates) anlässlich der Parlamentssitzung vom 20. Mai 2021. Die Stadt steht mit der Geschäftsstelle Swiss Fair Trade in Kontakt. Dem Grundgedanken des Fair-Trade-Labels wird indes grundsätzlich in der ganzen Verwaltung in diversen Bereichen bereits nachgelebt.

Personelle Weggänge in entsprechenden Stellen führten zu entsprechenden Verzögerungen in der Erarbeitung des Berichts. Aktuell wird der Bericht final erarbeitet und der Kontakt zur Geschäftsstelle Swiss Fair Trade wurde wieder aufgenommen. Die Beantwortung des Postulats verzögerte sich aufgrund der vorstehend genannten Gründe und wird voraussichtlich im Laufe des 1. Quartals 2022 dem Parlament vorgelegt werden können.

Tagesschulen in der Stadt Wil

Postulat Adrian Bachmann, FDP, 16 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 01. September 2016

Am 7. April 2016 reichte Adrian Bachmann, zusammen mit 16 Mitunterzeichnenden das Postulat mit der Überschrift „Tagesschulen in der Stadt Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 15. Juni 2016 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 1. September 2016 wurde das Postulat erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament einen Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Der Postulatsbericht "Tagesschulen in der Stadt Wil" wurde vom Stadtrat anlässlich seiner Sitzung vom 2. November 2021 behandelt und anschliessend zum Versand an die Mitglieder des Stadtparlaments freigegeben.

Somit ist der Postulatsbericht dem Parlament zugeleitet worden. Die Bildungskommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Der Stadtrat beantragt dem Parlament, das Postulat nach der Behandlung als erledigt abzuschreiben.

Anpassungen des Baureglements der Stadt Wil

Motion Benjamin Büsser, SVP, zwei Mitunterzeichnende, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 5. April 2018

Am 2. Oktober 2017 reichte Benjamin Büsser, zusammen mit zwei Mitunterzeichnenden die Motion mit der Überschrift „Anpassungen des Baureglements der Stadt Wil“ ein, welche vom Stadtrat am 6. Dezember 2017 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 5. April 2018 wurde die Motion mit einem Abänderungsantrag

erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt, dem Parlament bis spätestens Dezember 2024 einen Bericht und Antrag für eine Revision des städtischen Baureglements und Zonenplan zu unterbreiten, welches auf der Grundlage des neuen kantonalen Planungs- und Baugesetz basiert.

Die letzte Ortsplanungsrevision wurde mit Inkrafttreten des Baureglements der vereinigten Stadt Wil per 1. März 2021 definitiv abgeschlossen. Anschliessend beauftragte der Stadtrat die Stadtplanung, die nächste Ortsplanungsrevision in Angriff zu nehmen. 2021 fand die öffentliche Mitwirkung zu deren erstem Teil, der Totalrevision der Schutzverordnung, statt. Sie soll 2022 bis und mit der öffentlichen Auflage abgeschlossen werden.

Als konzeptuelle gesamtstädtische Grundlagen für die neuen kommunalen Planungsinstrumente stehen das Stadt- und Innenentwicklungskonzept, die Freiraumstrategie und das Gesamtverkehrskonzept, aber auch ein Energiekonzept in Vorbereitung. Diese werden anschliessend im behördenverbindlichen kommunalen Richtplan umgesetzt. Schliesslich werden Zonenplan und Baureglement gemäss dem gesetzlichen Auftrag des Kantons zur Anpassung der Rahmennutzungsplanung auf Basis des Planungs- und Baugesetzes (PBG, in Kraft seit 2017) erneuert.

Weiteres Vorgehen:

2022 wird dem Parlament ein Bericht und Antrag zur Vorbereitung der Ortsplanungsrevision (Projektplanung, -organisation, Kostenschätzung etc.) vorgelegt. Damit definiert der Stadtrat das konkrete Vorgehen bezüglich der Motion "Anpassungen des Baureglements der Stadt Wil". Da der Zeithorizont durch die Komplexität des Projekts "Revision Ortsplanung" sehr lang ist, wird der Stadtrat mit dem vorstehend erwähnten Bericht und Antrag, die Abschreibung der Motion beantragen.

Ist der Tunnel eine echte Alternative zur Grünaustrasse?

Postulat Benjamin Büsser, SVP, 16 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 7. Februar 2019

Am 5. Juli 2018 reichte Benjamin Büsser, zusammen mit 16 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Ist der Tunnel eine echte Alternative zur Grünaustrasse“ ein, welche vom Stadtrat am 24. Oktober 2018 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 7. Februar 2019 wurde das Postulat erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat beauftragt die „Netzer Ergänzung Ost“ in einem vertieften Variantenstudium zu prüfen und einen Bericht zu erstellen.

Die Bearbeitung des Postulats erfolgt gemeinsam mit dem Kantonalen Tiefbauamt St. Gallen, da es sich um eine übergeordnete, kantonale Strassenverbindung handelt. Aufgrund der Erfahrungen aus dem Prozess für das Variantenstudium der Netzer Ergänzung Nord und der nachgelagerten Informationsveranstaltungen wurde zusammen mit dem Kantonalen Tiefbauamt beschlossen, dass der Variantenvergleich der Netzer Ergänzung Ost (Grünaustrasse) auf Basis einer Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) zu erfolgen hat. Diese ist aufwendig und erfolgt in sechs Phasen bis zum Vorschlag einer Bestvariante. In einem nächsten Schritt geht es darum, das Pflichtenheft für die Detailevaluation der ZMB zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage sind die geeigneten Planer zu beschaffen.

Weiteres Vorgehen:

Aufgrund des bereits erarbeiteten Vorgehenskonzeptes wird davon ausgegangen, dass die Durchführung der ZMB ca. 18 Monate dauern wird. Momentan laufen die Abstimmungen mit dem Kantonalen Tiefbauamt. Der neue Fahrplan sieht vor, dass die ZMB ca. im Herbst 2023 vorliegen wird. Es wird somit eine Verlängerung zur Erfüllung des Postulatsauftrags bis 31. Dezember 2023 beantragt.

Städtisches Naturförderprogramm

Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen), elf Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 20. November 2019

Am 16. Mai 2019 reichte Sebastian Koller, zusammen mit 11 Mitunterzeichnenden, die Motion „Städtisches Naturförderprogramm“ ein, welche vom Stadtrat am 4. September 2019 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 20. November 2019 wurde die Motion mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament ein Umsetzungskonzept zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität im Sinne der „Biodiversitätsstrategie St. Gallen 2018-2025“ zu unterbreiten. Für die Erarbeitung wurde ein Kredit von Fr. 50'000.--bewilligt.

Der Bericht und Antrag zur Motion wurde am 15. September 2021 dem Stadtparlament zugewiesen und in der BVK am 25. November 2021 sowie am 16. Dezember 2021 zustimmend beraten. Es wird beantragt, die Motion nach der Behandlung als erledigt abzuschreiben. Die Motion wurde an der Parlamentssitzung vom 3. Februar 2022 im Rahmen der Beratung des entsprechenden Berichts und Antrags als erledigt abgeschrieben.

Kultur- und Musikschulzentrum «zum Turm»

Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen), 28 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt mit geändertem Wortlaut am 12. März 2020

Am 26. September 2019 reichte Sebastian Koller, zusammen mit 28 Mitunterzeichnenden die Motion „Kultur- und Musikschulzentrum «zum Turm»“ ein, welche vom Stadtrat am 21. November 2019 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 12. März 2020 wurde die Motion mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag zu einem Raum- und Betriebskonzept für die Liegenschaft «zum Turm» zu unterbreiten. Als Hauptnutzungen des Gebäudekomplexes sind vorzusehen: Begegnungs- und Kulturzentrum sowie Musikschulzentrum. Ergänzend sind weitere Nutzungen in das Konzept zu integrieren, wie etwa Gastronomie, günstige Übernachtungsmöglichkeit für Gruppen, schulische Nutzungen, geeignete Verwaltungsstellen. Für die partizipative Erarbeitung des Konzepts wird ein Kredit von Fr. 100'000.-- (Kostendach) gesprochen. Mit dem Bericht zum Raum- und Betriebskonzept ist dem Parlament ein Kredit für die Ausarbeitung der Bauvorlage zu beantragen.

Im Sommer 2020 startete das BUV einen kooperativen Prozess, um ein Raum- und Nutzungskonzept für die Liegenschaft Turm zu entwickeln. In dessen Zentrum steht wie gefordert die Nutzung als Musikschul- und Kulturzentrum. Die Diskussion im Prozess drehte sich hauptsächlich um die Nutzung der restlichen Flächen in diesem

grossen Gebäude. Die drei Workshops fanden am 15. August 2020, 7. November 2020 und am 12. Dezember 2020 statt. Die daran beteiligte "kooperative Gruppe" bestand aus rund 28 Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Kultur, Gewerbe und aus dem Quartier.

Das Resultat des partizipativen Verfahrens wurde in einem Bericht festgehalten. Zusammen mit diesem Bericht hat der Stadtrat eine Antwort auf die Motion 140 verfasst und am 23. Juni 2021 ans Parlament überwiesen. In seinem Bericht und Antrag beantragt der Stadtrat, als ersten Schritt eine Zwischennutzung im Turm zu etablieren sowie das Raumprogramm der Musikschule unter aktiver Teilnahme der Vereine zu überarbeiten.

Weiteres Vorgehen:

Das Parlament hat eine nicht ständige Kommission für dieses Geschäft gebildet. Die Kommission hat ihre Arbeit am 10. November 2021 aufgenommen.

Abrechnungstau bei Investitionen

Postulat Geschäftsprüfungskommission, sechs Mitunterzeichnende, nicht als erledigt abgeschrieben

Am 14. Mai 2020 reichte Luc Kauf, Präsident GPK, zusammen mit 6 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Abrechnungstau bei Investitionen“ ein. Der Stadtrat unterbreitete am 1. Juli 2020 dem Parlament einen Bericht und Antrag. An der Parlamentssitzung vom 24. September 2020 wurde das Postulat entgegen dem Antrag des Stadtrats nicht als erledigt abgeschrieben.

Weiteres Vorgehen:

Mit der Jahresrechnung 2021 wird die Übersicht über die Investitionskredite publiziert. Auf die Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2021 hat das Departement BUV dem Stadtrat die Kenntnisnahme von 27 Kreditabrechnungen vorgelegt. Dem Parlament werden mit der Jahresrechnung 2021 zudem vier Investitionskredite zur Streichung vorgelegt, welche aufgrund von Verzögerungen, Sistierungen oder stark veränderten Rahmenbedingungen nicht innert absehbarer Frist oder nicht wie beabsichtigt umgesetzt werden können. Mit diesen Anstrengungen konnte die Anzahl an Investitionskrediten um 31 Stück reduziert werden. An der Parlamentssitzung vom 24. September 2020 wurde das Postulat entgegen dem Antrag des Stadtrats nicht als erledigt abgeschrieben. Der Stadtrat wird 2023 mit dem nächsten Bericht und Antrag erneut die Abschreibung des Postulates beantragen.

Immobilien- und Standortstrategie der städtischen Verwaltung

Postulat Geschäftsprüfungskommission, sechs Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 29. Oktober 2020

Am 3. Februar 2020 reichte Luc Kauf, Präsident GPK, zusammen mit 6 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Immobilien- und Standortstrategie der städtischen Verwaltung“ ein, welche vom Stadtrat am 22. April 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 29. Oktober 2020 wurde das Postulat erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht zu unterbreiten, wobei die folgenden Punkte angesprochen werden, respektive im Vordergrund stehen sollen: Prüfung eines zentralen Standortes für alle Departemente mit einer Gegenüberstellung und Interpretation der Vor- und Nachteile, mögliche Konzentration

der Standorte verschiedener Departemente auf einen gemeinsamen Standort sowie zukünftiger Standort des Werkhofes. Zur Erarbeitung einer städtischen Immobilien- und Standortstrategie hat das Parlament einen Kredit von Fr. 40'000.-- genehmigt.

Mit Beschluss vom 6. Mai 2020 (SRB 86/2020) bestätigte der Stadtrat die überarbeitete Standortevaluation mit dem Standort St. Gallerstrasse (Parzellen 1026W und 1861W) und erteilte den Auftrag für die Ausarbeitung eines Vorprojekts. Im Herbst 2021 wurde für den neuen Werkhof ein offener Projektwettbewerb ausgeschrieben. Bis zur zweiten Jahreshälfte 2022 sollte das Verfahren abgeschlossen sein und das Siegerprojekt vorliegen. Im Anschluss daran wird ein Planungskredit beantragt, um ein Vorprojekt auszuarbeiten. Aufgrund der voraussichtlichen Bausumme wird das Vorhaben dem Volk zur Abstimmung an der Urne vorgelegt.

Die Erarbeitung einer Immobilien- Standortstrategie erfordert den Einbezug aller Departemente. Der Prozess hat in der Bearbeitung einen zeitlichen Verzug erlitten. Zur Erstellung einer Auslegeordnung von Flächenbedarf und der Formulierung der Anforderungen an zukünftige Raumkonzepte ist ein erneuter Kick-Off in der zweiten Hälfte 2022 vorgesehen. Die Beantwortung erfolgt bis Ende 2023.

Nachhaltige Wald- und Holznutzung

Postulat Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen), zwölf Mitunterzeichnende, erheblich erklärt mit geändertem Wortlaut am 29. Oktober 2020

Am 3. Juni 2020 reichte Sebastian Koller, zusammen mit 12 Mitunterzeichnenden, das Postulat „Nachhaltige Wald- und Holznutzung“ ein, welche vom Stadtrat am 11. August 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 29. Oktober 2020 wurde das Postulat mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, wie die Stadt Wil zu einer nachhaltigen Nutzung der Wälder in ihrem Einzugsgebiet beitragen kann. Der Fokus soll dabei auf der vermehrten Nutzung von regional und umweltschonend produziertem Holz als Bau- und Brennstoff liegen.

Weiteres Vorgehen:

Das Postulat entspricht praktisch der im Kantonsrat eingereichten Motion 42.18.24. Diese Motion wurde am 13. Juni 2019 gutgeheissen. Die Regierung ist beauftragt, eine entsprechende Gesetzesvorlage zu unterbreiten. Gemäss Auskunft werden diese Vorschläge voraussichtlich nach den Sommerferien 2022 in die Vernehmlassung gehen. Die Behandlung im Grossen Rat des Kantons dürfte damit ca. 1 Jahr später erfolgen. Darauf aufbauend kann sodann das Postulat beantwortet werden.

Ergänzung der Gemeindeordnung zur Schaffung einer hinreichenden gesetzlichen Grundlage für die Aufgabenübertragung an die private Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina

Motion SVP-Fraktion und CVP-Fraktion (Erstunterzeichner Benjamin Büsser (SVP)), 20 Mitunterzeichnende, erheblich erklärt am 5. November 2020

Am 9. Januar 2020 reichte die SVP-Fraktion und CVP-Fraktion (Erstunterzeichner Benjamin Büsser, SVP), zusammen mit 20 Mitunterzeichnenden, die Motion „Ergänzung der Gemeindeordnung zur Schaffung einer

hinreichenden gesetzlichen Grundlage für die Aufgabenübertragung an die private Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina" ein, welche vom Stadtrat am 18. September 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 5. November 2020 wurde die Motion erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, die Gemeindeordnung mit der hinreichenden gesetzlichen Grundlage für eine Aufgabenübertragung an die Trägerschaft der Mädchensekundarschule St. Katharina zu ergänzen.

Die Erarbeitung des Modells B2 für die Oberstufenstruktur der Stadt Wil gemäss Rückweisungsantrag des Parlaments vom 29. August 2019 wurde gemeinsam mit der Stiftung bereits an die Hand genommen. Zurückgebunden wurde die Arbeit aufgrund eines ausstehenden Bundesgerichtsentscheids zum Nachtrag I des Schulvertrages mit der Stiftung Schule St. Katharina. Gegen das vom Motionär erwähnte Verwaltungsgerichtsurteil vom 17. Dezember 2019 hatten die Stadt Wil sowie die Stiftung Schule St. Katharina Beschwerde beim Bundesgericht erhoben.

Im Juli 2021 hat der Stadtrat einen Nachtrag zur Gemeindeordnung zur Schaffung einer Rechtsgrundlage dem Bildungsdepartement des Kantons St. Gallen zur Beurteilung unterbreitet. Eine Antwort seitens des BLD steht immer noch aus.

Im November 2021 hat das Bundesgericht die Beschwerde gutgeheissen und die Sache an das Verwaltungsgericht zur Neuentscheidung zurückgewiesen. Mit diesem Entscheid des Bundesgerichts ist nicht abschliessend geklärt, ob der Nachtrag I des Schulvertrags der Stadt Wil mit der Schule St. Katharina rechtsgültig ist.

Weiteres Vorgehen:

Sobald sich die rechtliche Situation geklärt hat, soll die Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen für einen Vertrag mit der Stiftung Schule St. Katharina in Angriff genommen werden. Obwohl die Motion auf Antrag des Stadtrats erheblich erklärt wurde, ist das in Zukunft vorliegende rechtskräftige Urteil sowie allfällige kantonale Ausführungen im Rahmen der Vorprüfung von Änderungen der Gemeindeordnung bindend.

Velostrassen in Wil

Postulat Guido Wick (GRÜNE prowil), 15 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 5. November 2020

Am 27. August 2020 reichte Guido Wick (GRÜNE prowil), zusammen mit 15 Mitunterzeichnenden, die Motion „Velostrassen in Wil" ein, welche vom Stadtrat am 21. Oktober 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 5. November 2020 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament die Umsetzung von möglichen Velostrassen in Wil aufzuzeigen und gleichzeitig mindestens eine erste Realisierung einer Velostrasse mit Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Die Studie zu den Velostrassen in Wil soll im 2. Quartal 2022 abgeschlossen werden.

Weiteres Vorgehen:

Aufgrund der Resultate der Abklärungen zu den Velostrassen in Wil wird anschliessend die Beantwortung des Postulates erfolgen.

Mehr gemeinnützige Wohnungen bedürfnisgerecht statt gewinnmaximiert bauen

Postulat Mathias Loepfe (GRÜNE prowil), zehn Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 12. November 2020

Am 27. August 2020 reichte Mathias Loepfe (GRÜNE prowil), zusammen mit 10 Mitunterzeichnenden, die Motion „Mehr gemeinnützige Wohnungen bedürfnisgerecht statt gewinnmaximiert bauen“ ein, welche vom Stadtrat am 21. Oktober 2020 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 12. November 2020 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt. Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament einen Bericht über geeignete und zielführende Instrumente zur Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau und qualitätsvoller Innenentwicklung vorzulegen.

Die Thematik gemeinnütziger Wohnraum wird zusammen mit der Thematik der aktiven Bodenpolitik bearbeitet, welche die strategischen Grundlagen für die handlungsfähige Rolle der Stadt auf dem Wiler Grundstück- und Liegenschaftenmarkt liefert.

Weiteres Vorgehen:

Der Entwurf des Postulatsberichts ist in Arbeit.

Neue Personalaufwandsteuerung

Postulat Adrian Bachmann (FDP), 17 Mitunterzeichnende, Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 1. April 2021

Am 5. Dezember 2019 reichte Adrian Bachmann (FDP) zusammen mit 17 Mitunterzeichnenden, die Motion „Neue Personalaufwandsteuerung“ ein, welche vom Stadtrat am 24. Februar 2021 schriftlich beantwortet wurde. An der Parlamentssitzung vom 1. April 2021 wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Damit wird der Stadtrat eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag für ein neues Verfahren zur Personalaufwandsteuerung für die Stadt Wil vorzulegen. Als Basis soll dabei das Verfahren beigezogen werden, wie es seit 2018 im Kanton St. Gallen zur Anwendung kommt.

Weiteres Vorgehen:

Aufgrund der Neubesetzung der Stelle der Stadtschreiberin per 1. Januar 2022 wird eine erste Auslegeordnung zuhanden des Stadtrats voraussichtlich erst gegen Ende der ersten Hälfte des Jahres 2023 vorliegen. Mit einem Bericht und Antrag zuhanden des Stadtparlaments ist aufgrund der zeitaufwändigen Bearbeitung nicht vor Ende 2023 zu rechnen.

2. Weitere pendente Vorstösse

Per 31. Dezember 2021 waren folgende weitere parlamentarische Vorstösse pendent:

- Motion Sebastian Koller (GRÜNE prowil – Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindestufe
eingereicht am 15.09.2021, schriftlich beantwortet am 15.12.2021
- Interpellation Daniel Gerber (FDP) – DialogG: Wirkung erkennbar?
eingereicht am 02.09.2021, schriftlich beantwortet am 24.11.2021
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Personenunterführung Ost für Velofahrende gesperrt
eingereicht am 02.09.2021, schriftlich beantwortet am 02.11.2021
- Interpellation Dora Luginbühl (SP) – Politische Partizipation für Viele dank "leichter Sprache"
eingereicht am 21.09.2021, schriftlich beantwortet am 27.10.2021
- Interpellation Christina Rüdiger (SVP) – Zertifikatspflicht in Wiler Stadtbibliothek – Online-Ausleihe
eingereicht am 30.09.2021, schriftlich beantwortet am 24.11.2021
- Interpellation Erwin Böhi (SVP) – Stand der soziokulturellen Durchmischung in den Wiler Schulen
eingereicht am 30.09.2021, schriftlich beantwortet am 24.11.2021
- Interpellation Michael Sarbach (GRÜNE prowil) – Mehrkosten für die Stadt Wil aufgrund des kantonalen Sparpakets "Haushaltsgleichgewicht 2022plus"
eingereicht am 30.09.2021, schriftlich beantwortet am 02.12.2021
- Interpellation Dominik Egli (SVP) – Batteriespeicher für das Wiler Elektronetz
eingereicht am 18.11.2021
- Anfrage Marcel Malgaroli (FDP) – Gastronomie am Stadtweier?
eingereicht am 15.10.2021
- Anfrage Andreas Hüssy (SVP) – Gastronomie unterstützen statt behindern
eingereicht am 25.10.2021
- Anfrage Silvia Ammann (SP) – Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen
eingereicht am 25.11.2021
- Anfrage Guido Wick (GRÜNE prowil) – Gefährdet die Initiative "30 Minuten Gratisparkieren" Bundesbeiträge in Millionenhöhe?
eingereicht am 22.12.2021
- Anfrage Daniel Gerber (FDP) – Kunststoffe in der Umwelt
eingereicht am 27.12.2021

3. Übersicht über die erledigten Vorstösse

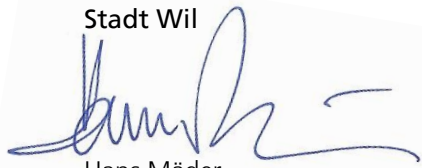
Im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 haben Stadtrat und Stadtparlament die nachfolgend aufgelisteten parlamentarischen Vorstösse – ein Postulat, fünf Motionen, 11 Interpellationen, vier Anfragen – erledigt.

- Postulat Ursula Egli (SVP) – Wil: Kulturstadt-Bildungsstadt-Marktstadt – wo ist der Tourismus?
eingereicht am 24.09.2020, zurückgezogen durch die SVP-Fraktion am 02.07.2021
- Motion Daniel Gerber (FDP) – Stadtfonds: Standortattraktivität erhöhen
eingereicht am 06.06.2019, schriftlich beantwortet am 14.08.2019, an der Parlamentssitzung vom 30.09.2021 als erledigt abgeschrieben
- Motion Ursula Egli (SVP) – Doppelspurigkeiten vermeiden – Schulrat abschaffen
eingereicht am 06.06.2019, schriftlich beantwortet am 14.08.2019, an der Parlamentssitzung vom 18.11.2021 als erledigt abgeschrieben
- Motion Luc Kauf (GRÜNE prowil) – Mittagstischcatering an den Schulen der Stadt Wil: Nachhaltige Beschaffung jetzt
eingereicht am 29.10.2020, schriftlich beantwortet am 10.02.2021, an der Parlamentssitzung vom 01.04.2021 vom Motionär zurückgezogen
- Motion Silvia Ammann (SP) – Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees
eingereicht am 03.12.2020, schriftlich beantwortet am 28.04.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.06.2021 als nicht erheblich erklärt
- Motion Valeska Stolz (SP) – Flächendeckender Ausbau des Tagesstrukturangebots
eingereicht am 14.01.2021, schriftlich beantwortet am 10.03.2021, an der Parlamentssitzung vom 01.04.2021 als nicht erheblich erklärt
- Interpellation Pascal Stieger (SVP) – Tiefrote Budgetzahlen – Hinterfragung von sämtlichen neu zu besetzenden Stellen
eingereicht am 27.10.2020, schriftlich beantwortet am 12.11.2020, an der Parlamentssitzung vom 14.01.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Netzergänzung Nord
eingereicht am 25.02.2021, schriftlich beantwortet am 12.05.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.06.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Benjamin Büsser (SVP) – Standortentwicklung WILWEST: Möglichkeit für Grundsatzabstimmung?
eingereicht am 04.03.2021, schriftlich beantwortet am 12.05.2021, an der Parlamentssitzung vom 03.06.2021 mündlich behandelt

- Interpellation Timo Räbsamen (JUSO) – Umsetzung des Climate-Action-Plan auf kommunaler Ebene
eingereicht am 01.04.2021, schriftlich beantwortet am 26.05.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Mathias Schlegel (SP) – Erweiterung der Bildungs- und Integrationsprojekte zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher
eingereicht am 20.05.2021, schriftlich beantwortet am 18.08.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Benjamin Büsser (SVP) – Was unternimmt die Stadt gegen Autoposer?
eingereicht am 20.05.2021, schriftlich beantwortet am 18.08.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Silvia Ammann (SP) – Wasserqualität der Wiler Bäche ist unbefriedigend!
eingereicht am 20.05.2021, schriftlich beantwortet am 30.08.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Pascal Stieger (SVP) – Klimamassnahmen – wo bleibt die finanzielle Transparenz in den Jahresrechnungen unserer Stadt?
eingereicht am 03.06.2021, schriftlich beantwortet am 30.08.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Tiefbauamt St.Gallen ist gefordert
eingereicht am 01.06.2021, schriftlich beantwortet am 18.08.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Benjamin Büsser (SVP) – Wil West: Anschluss an Cargo Sous Terrain?
eingereicht am 01.07.2021, schriftlich beantwortet am 08.09.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Interpellation Erwin Böhi (SVP) – Wieder keine 1. Augustfeier in Wil?
eingereicht am 01.07.2021, schriftlich beantwortet am 18.08.2021, an der Parlamentssitzung vom 11.11.2021 mündlich behandelt
- Anfrage Sebastian Koller (GRÜNE prowil) – Stadtratsbefragung zur Einwohnerbefragung «Unsere Stadt Wil der Zukunft»
eingereicht am 12.03.2021, schriftlich beantwortet am 12.05.2021
- Anfrage Dominik Egli (SVP) – J+S Lager an den Wiler Schulen
eingereicht am 06.04.2021, schriftlich beantwortet am 23.06.2021
- Anfrage Silvia Ammann (SP) – Neue Partnerstädte
eingereicht am 20.05.2021, schriftlich beantwortet am 18.08.2021

- Anfrage Urs Etter (FDP) – Suchverkehr im Südquartier
eingereicht am 07.07.2021, schriftlich beantwortet am 29.09.2021

Stadt Wil



Hans Mäder
Stadtpräsident



Janine Rutz
Stadtschreiberin